

D. J. DELIVANIS

DIE GRIECHISCHE VOLKSWIRTSCHAFT
IN DEN SIEBZIGER JAHREN

Ich beabsichtige im ersten Teil dieses Aufsatzes die strukturellen Merkmale der griechischen Volkswirtschaft zu untersuchen, im zweiten Teil die Lage in den siebziger Jahren zu erörtern. Es folgen einige Schlussbemerkungen.

I

Menn man versuchen sollte die strukturellen Merkmale der griechischen Volkswirtschaft zu untersuchen muss als erstes hervorgehoben werden dass Griechenland nicht mehr ein Entwicklungsland ist nachdem auf Grund der Ermittlungen 1979 das Einkommen pro Kopf \$ V.S.A. 4.193 betragen hat. Der Prozentsatz des Bruttonationalproduktes das investiert wird beträgt circa 25%. Dieser hohe Prozentsatz beweist wie es zum ausserordentlichen Wachstum der griechischen Volkswirtschaft gekommen ist und wie das obenerwähnte Einkommen pro Kopf der Bevölkerung gesichert wurde. Es sei aus Vergleichsgründen erwähnt werden dass 1938 bloss 5% des damals viel kleineren Bruttonationalproduktes investiert wurde.

Die Labilität der Zahlungsbilanz ist seitdem Griechenland unabhängig geworden ist ein weiteres strukturelles Merkmal seiner Volkswirtschaft gewesen und geblieben. Diese Labilität wird nur dadurch behoben weil Auslandskapitalien nach Griechenland fliessen, erstens als Geschenke und Unterstützung seitens der im Ausland lebenden Griechen an ihre Verwandten innerhalb des Landes oder an verschiedene Wohltätigkeitsanstalten, zweitens zur Ausleihung insbesondere an morale Personen des öffentlichen Rechtes, unter anderen an den Fiskus, drittens zur Investierung in Immobilien, Industriebanlagen und auch vor den zweiten Weltkrieg in Infrastruktur. Für die zwei letzten werden auch Kapitalien von ausländischen Kapitalisten, Gesellschaften und Banken in Griechenland eingeführt. Währenddem die Überweisungen der Auslandsgriechen nicht in entgegengesetzter Richtung fliessen, ausser wenn in Griechenland ein Umsturz oder eine Katastrophe eintreten oder bevorstehen sollten, werden die Auslandskapitalien in ihr Ursprungsland zurückkehren und zwar im Rahmen der Amortisierung der investierten Kapitalien falls die entsprechenden Investitionen sich als gewinnbringend erwiesen haben. Aus dieser Sachlage lässt sich erklären warum sich Griechenland nicht den Luxus von Streiks,

Währungsunstabilität und Unordnung im öffentlichen Haushalt leisten kann.

Den grössten Beitrag in das Bruttonationalprodukt liefert in den siebziger Jahren der Dienstleistungssektor. Den zweiten Rang hat die Industrie bezogen, währenddem die Landwirtschaft von der zweiten Stelle in die dritte verdrängt worden ist. Der Umfang der Einfuhr beweist dass der sekundäre Sektor und sogar der primäre nicht genügend erzeugen, freilich im Rahmen der verfügbaren und benutzten Kaufkraft. Die Erzeuger geben in Griechenland den Vorzug einer grossen Profitmarge mit relativ beschränkter Erzeugung und nicht einer kleinen Profitmarge aber mit ausgedehnten Erzeugung das mit der Wahl die im Westen diesbezüglich stattfindet in Einklang stehen würde.

Der Investitionsbedarf ist in Griechenland immer gross gewesen, wie man aus den Überschuss der Einfuhr über die Ausfuhr, aus der fast immer bestehenden Arbeitslosigkeit und aus den Wunsch jenen Erzeugnissen für die die Produktionsfaktoren in genügenden Ausmass vorhanden sind um den grössten Umfang der Erzeugung zu sichern, den Vorzug geben. Der Umfang der erforderlichen Investitionen wurde durch die Zollabschaffung und durch die Beseitigung der sonstigen Einfuhrhemmnisse in den Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, durch den Drang von immer mehr Leute ihren verfügbaren Wohnungsraum auszudehnen und zu verbessern in Zusammenhang mit der Sicherung einer Ferienwohnung, sogar in Fällen, wo diese Möglichkeit vor zwanzig Jahren nicht ernst als durchführbar betrachtet wurde, durch die zunehmende Neigung des Staates und der anderen moralen Personen des öffentlichen Rechtes sich bessere Einrichtungen zu sichern, die Befriedigung von immer mehr Bedürfnisse der Einwohner die Landes zu erreichen und sogar die Herstellung von Waffen und sonstigen Kriegsgerät selbst zu übernehmen um nicht vom guten Willen der ausländischer Erzeuger die durch ihre eigenen Regierungen beeinflusst werden können, abzuhängen, das Bedürfnis die Infrastruktur ständig zu verbessern und auszudehnen um so den zunehmenden Bedarf der Einwohner des Landes die dank ihren immer grösseren Realeinkommen grössere Ansprüche diesbezüglich stellen können, stark vergrössert. Der Investitionsbedarf wird freilich auch durch die Notwendigkeit den technischen Fortschritt in Griechenland anzuwenden und sich nicht durch andere Staaten in diesen Gebiet überflügeln zu lassen, ausgedehnt.

Es ist natürlich dass sich die Wahl der einzelnen Investitionen im Privatsektor durch die zu erwartenden Einkommen, durch die Möglichkeiten der Anwendung, der Erhaltung und der Verbesserung, durch die Aussichten einer Währungsentwertung beeinflussen lassen. Andererseits kann man nicht erwarten dass diese Hoffnungen sich immer verwirklichen werden, da es doch immer unvorgesehenes gibt. Die Wahl der Investitionen im öffentlichen Sektor wird

viel mehr als im privaten durch nicht wirtschaftliche Motive, durch Prestigeüberlegungen und durch politische Betrachtungen, u.a. die Sicherheit des Landes gegenüber aus- und inländischen Feinden beeinflusst. Es soll diesbezüglich nicht unerwähnt bleiben dass es immer mehr Investitionsvorhaben als Finanzierungs- und Durchführbarmöglichkeiten gibt und dass so jeweils eine Wahl, die sich auf verschiedene Hypothesen, Voraussagen und Entwicklungsaussichten, ohne je die Sicherheit zu haben dass sie sich in der Zukunft bewähren werden werden, stützt.

Währenddem der Investitionsbedarf ein strukturelles Merkmal der griechischen Volkswirtschaft darstellt, darf man nicht annehmen dass die entsprechende Investitionsneigung besteht. Letztere hängt nicht nur von den wirtschaftlichen, monetären und fiskalen Gegebenheiten aber auch von den politischen ab. Was letztere anbelangt, beziehen sie sich auf die Erhaltung des Friedens mit den Nachbarstaaten, des sozialen Friedens innerhalb des Landes und auch der Wahrscheinlichkeit der Nationalisierungen, die insbesondere 1974-5 viel besprochen wurden ohne das sie wirklich durchführbar wären wenn man die Vermeidung des Schadens im Rahmen der Volkswirtschaft die erforderliche Priorität gewähren würde. Es soll noch hinzugefügt werden dass in Griechenland so wie in allen Ländern wo die Inflation tobt manche Investitionen beschlossen und durchgeführt werden um die Ersparnisse von der Vernichtung zu schonen oder um aus der fortschreitenden Währungsentwertung als Schuldner Nutzen zu ziehen in der Hoffnung dass dadurch ein Realgewinn erzielt werden wird. Dass die Investitionsneigung nicht immer den Projekten, die auf Grund von gewissen Zweckmässigkeiten oder Betrachtungen den Vorrang haben sollte gilt, ist selbstverständlich.

II

Um die Entwicklung der griechischen Volkswirtschaft 1970-9 kurz beurteilen zu können sollen folgende Punkte erörtert werden:

- das Bruttonationalprodukt,
- die Investitionen und ihre Finanzierung,
- die Arbeitskräfte,
- die Gehälter und Löhne,
- die Rückwirkungen der Inflation,
- die Handels- und die Zahlungsbilanz.

Auf Grund der Preise von 1970 ist das Bruttonationalprodukt von \$ V.S.A. 8,8 Milliarden 1970 auf 10,9 1979, also innerhalb von 9 Jahren um 23,8% gestie-

gen. Wenn man diese Beträge vergleicht soll nicht ausser Acht gelassen werden dass seit 1974 Griechenland durch die massive Verteuerung des Erdöls grossen Schaden erlitten hat und dass infolge der Zunahme der Militärausgaben und so der Steuer das verfügbare Nationaleinkommen ungünstig beeinflusst worden ist. Dasselbe gilt mit den übertriebenen Zentralismus, mit den langsamen Vorgehen der Verwaltung und mit der übermässigen Zunahme der Bevölkerung von Athen und Piräus wo circa ein Drittel der gesamten Landbevölkerung haust. Es soll ferner hervorgehoben werden dass es ab 1974 eine schnellere Zunahme der Löhne und der Gehälter gibt als es der Produktivitätszunahme entsprechen würde. Diese Zunahme wurde im ersten Jahr damit begründet dass während der Diktatur die Reallöhne eine Senkung erfahren hätten und dass es darum ging diese Senkung rückgängig zu machen. Diese übermässige Lohn- und Gehaltszunahme wurde und wird um so mehr fühlbar als Griechenland in den Jahren 1974-9 von einer wirklichen Streikwelle, die italienische Verhältnisse erinnert, heimgesucht worden ist. Diese bewirkt einerseits eine Verminderung der Erzeugung, also des Realeinkommens aber auch der entsprechenden Einkommen der Arbeitnehmer. Die so entstandene Verminderung der Kaufkraft und der Nachfrage der Arbeitnehmer wurde durch die Auflösung von Bankeinlagen und durch die Enthortung, beides aus Angst der Substanzverlust infolge der Inflation sehr leicht aufgefangen.

Was jetzt die Investitionen in Griechenland in den siebziger Jahren betrifft, kann man feststellen dass diese eine steigende Tendenz aufweisen und dass man höchstens in den Jahren 1974-5 eine Stagnation infolge des systematischen und relativ erfolgreichen Versuches der Jahre 1973-4 die Inflation zu bremsen beobachten konnte. In den Jahren 1976-9 haben die Investitionen um jährlich 18,4% in Realpreisen zugenommen was auf die Zunahme der Ausleihungen der Zentralbank, auf die Intensifizierung der Inflationsmentalität und auf die besondere Förderung der Investitionen in den Grenzgebieten zurückzuführen ist. Es darf freilich nicht ausser Acht bleiben dass in Griechenland der Prozentsatz der Investitionen in Wohnungen, Büroräume und Geschäfte bedeutend ist (1976 41,5% und 1979 34,4%) trotzdem die Einkommen von letzteren ungünstiger steuermässig als die sonstigen Einkommen behandelt werden und trotzdem die Häuser 1975-80 einer jährlicher Kapitalsteuer unterzogen wurden. Letztere wurde von den Steuerzahler so ungünstig betrachtet dass sie einen der Gründe der starken Verminderung der Stimmen der Regierungspartei bei den Wahlen von 1977 darstellt und die Regierung veranlasst hat die Abschaffung dieser Steuer ab 1981 durchzuführen.

Die Finanzierungsquellen der Investitionen haben sich in Griechenland in den siebziger Jahren nicht geändert. Es handelt sich wie in der ganzen Nach-

kriegszeit die in Griechenland erst im Herbst 1949 begonnen hat
erstens um die Ersparnisse der Haushälter,
zweitens um die Gewinne der Unternehmungen,
drittens um den Überschuss des laufenden Staatshaushaltes also ohne Investi-
tionen,
viertens um das Auslandskapital,
fünftens um Zentralbankkredit.

Es soll diesbezüglich vermerkt werden dass ab 1973 die privaten Ersparnisse und die Gewinne der Unternehmungen nicht mehr für den Kauf von Schuldverschreibungen des Fiskus, die öffentlich ausgegeben werden, verfügbar sind. Merkwürdigerweise da es sich doch um dieselben Schuldverschreibungen, was das Inflationsrisiko und die Bonität des Schuldners betrifft, ist es in den Jahren 1976-9 der Bodenkreditanstalt, der Nationalbank für industrielle Entwicklung und der griechischen Entwicklungsbank gelungen ziemlich bedeutende Beträge auf den Markt der Schulverschreibungen zu verkaufen.

Der Überschuss des laufenden öffentlichen Haushaltes wird als Einnahme in den Investitionshaushalt des Staates abgeführt. Letzterer erhält auf Grund eines Gesetzes aus den vierziger Jahren auch 40% der jeweiligen Zunahme der Bankeinlagen; für diese werden der betroffenen Bank Kassenscheine, die zu jeder Zeit bei der Zentralbank einlösbar sind, ausgehändigt.

Der Beitrag des Auslandskapitals zu den in Griechenland durchgeführten Investitionen beträgt circa 40% der Gesamtsumme, aber es soll nicht ausser Acht gelassen werden dass ein Teil der aus den Ausland jedes Jahr eingeführten Kapitalien (gewöhnlich circa eine Milliarde \$ V.S.A. pro Jahr) zur Kreditgewährung an den griechischen Fiskus verwendet wird.

Was jetzt die Kreditgewährung der Zentralbank an letzteren anbelangt, hat es sich in den siebziger Jahren um den Beitrag gehandelt ohne den gewisse Investitionen unterbrochen, verschoben oder nicht aufgenommen werden konnten und immer mit der oft unrichtigen Annahme dass die öffentliche Meinung diese unorthodoxe Finanzierung der öffentlichen Investitionen nicht merken würde und nicht die erforderlichen Schlüsse daraus ziehen würde. Die aus der Kreditgewährung der Zentralbank entstehende Inflationsgefahr wird noch dadurch verstärkt dass die griechische Zentralbank auch Kredite an den privaten Sektor in jenen Fällen wo die anderen Banken sich weigern letztere zu gewähren, vergibt und zwar in der Kenntnis dass diese Anleihen langfristig sind. Um diese gefährliche Kreditgewährung einigermassen zu verschleiern werden oft Kredite an den Fiskus und an öffentliche sowie an private Unternehmungen in den sonstigen Aktiven der Zentralbankbilanz eingetragen.

Die griechische Volkswirtschaft hat in den Jahren 1972-3, als sie auf Hoch-

touren lief und als die Auswanderung in die Bundesrepublik noch sehr stark war, einen Mangel an ungelernete Arbeitskräfte gehabt. Dieser Mangel wurde insbesondere im Gebiet von Athen und von Piräus durch die Einreise von Nordafrikaner, in der Mehrzahl aus Ägypten behoben. Dieses Bedürfnis ist seit 1974 nicht mehr vorhanden, erstens weil die Auswanderung in die Bundesrepublik nachgelassen hat—die Zahl der Abreisenden wurde seit 1976-7 durch die Zahl der Heimreisenden überflügelt—, zweitens weil die Konjunktur sich auch in Griechenland abgeschwächt hat. Ausserdem soll nicht ausser Acht gelassen werden dass es in Griechenland immer eine bedeutende Arbeitsreserve gibt trotzdem ihre Mitglieder nicht arbeitslos im wahren Sinne des Wortes sind. Die Neigung besteht in Griechenland die Staatsbeamten—die Universitätsprofessoren und die Richter sind ausgenommen— und die Bankbeamten nach 35 Dienstjahren in den Ruhestand zu versetzen. Auch nehmen viele Privatangestellte und jene die einen freien Beruf ausüben eine relativ frühe Pensionierung wenn sie sich eine befriedigende Pension sichern können. Ferner darf man die Unterbeschäftigung im primären Sektor und insbesondere in den kleineren Städten und auf dem Land in den freien Berufen nicht vergessen.

Es wurde bereits erwähnt dass Löhne und Gehälter in Griechenland höher als in den anderen Mittelmeerländer, ausser Frankreich und Italien, sind und höher als es der Produktivität der Arbeitnehmer entspricht, liegen. Es ist freilich anders im Vergleich mit den stark entwickelten Ländern West- und Zentraleuropas und Nordamerikas. Man würde daher annehmen können dass so ein vollständiger Arbeitsfrieden herrschen würde und der Streik selten zur Erscheinung kommen würde. Das ist jedoch seit Ende 1974 nicht mehr der Fall. Der Ausmass der Ungleichheit der Einkommenverteilung wird in Griechenland insbesondere in den siebziger Jahren durch die Auswanderung, die Festsetzung von Mindestlöhne, die Festsetzung von Mindestpreisen für die bedeutendsten Agrarerzeugnisse, die Subventionierung von manchen relativ einkommenschwachen Bevölkerungsgruppen, die Sozialversicherung und die Kapitaleinfuhr, soweit letztere neue Beschäftigungsmöglichkeiten schafft, vermindert. Andererseits wirken die indirekten Steuer, deren Erlös viel bedeutender als der Erlös der direkten Steuer in Griechenland ist, in der entgegengesetzter Richtung. Im Haushalt z.B. 1975 haben die direkten Steuer einen um 311% höheren Erlös als die in direkten Steuer gesichert.

In Anbetracht der Stärke der Inflation in Griechenland in den siebziger Jahren, in Anbetracht ihrer langen Dauer und in Anbetracht der langen Erfahrung der Griechen mit der Inflation bis 1952 ist es nicht merkwürdig dass man alle "normalen" Rückwirkungen der Inflation beobachten kann u.a.:

1. Die Neigung Güter zu hamstern in der Erwartung der Festsetzung

ihrer Preiserhöhung und im Fall der Auslandsgüter einer weiteren Verschärfung der Einfuhrbeschränkung wenn die Einfuhr gebremst werden sollte oder wenn die Entwertung der griechischen Währung nicht nur gegenüber den harten europäischen Währungen aber auch gegenüber den Dollar der Vereinigten Staaten weiter gehen wird.

2. Das Einsetzen der Inflationsmentalität mit allen ihren Übel also ausser den Hamstern die ununterbrochene Preiserhöhung im Namen der Theorie des Erstazpreises.

3. Die ununterbrochene Forderung von Lohn- und Gehaltszunahmen in Verbindung mit den Rückgriff auf den Streik der grössere Schaden auch ausserhalb der bestreikten Unternehmungen oder Branchen im Rahmen der Volkswirtschaft und in ihrer Fähigkeit Güter und Dienstleistungen an das Ausland anzubieten verursacht.

4. Die Neigung Kapitalien in das Ausland wenn dort die Inflation schwächer als im Inland ist auszuführen. Letztere tritt jedoch sehr wenig in Griechenland in den siebziger Jahren in Erscheinung wenn man als Beweis das kleine Agio der Devisenkurse ausserhalb der Banken angeben darf.

5. Die Vernachlässigung des technischen Fortschrittes da doch in einer Inflationszeit alle Güter einen relativ sicheren Absatz haben.

6. Die Neigung möglichst viel auszugeben um die Folgen der Währungsentwertung zu vermeiden und möglichst wenig zu sparen da doch die Depositenzinsen der Banken, die Coupons der Schuldverschreibungen und die nach moderner Auffassung relativ stabilen und im Vergleich zu den Reingewinn sehr kleinen Dividenden eigentlich negativ sind. 1977 z.B. betrug die Zinsen auf der Sparkassa 7% und die Preishausse war auf Grund der offiziellen Angabe 13,1%.

Die griechische Handelsbilanz war in den siebziger Jahren trotz der bedeutenden Zunahme der Ausfuhr der Industrieerzeugnisse stark passiv. Die Ausfuhr betrug in den Jahren 1977-8-9 bloss respektiv 39%, 40,6% und 38,9% der Einfuhr die allerdings cif berechnet wird, währenddem die Ausfuhrwerte auf der Grundlage fob beruhen.

Die Zahlungsbilanz ohne Kapitaleinfuhr war auch passiv trotz den Überschuss in ihren unsichtbaren Posten also respektiv in Milliarden laufender \$ V.S.A.

	1975	1976	1977	1978	1979
Einfuhrüberschuss	3	3,3	3,9	4,3	6,2
Überschuss der Dienstleistungen	2	2,2	2,6	2,4	3,1
Defizit der laufenden Zahlungsbilanz	1	1,1	1,3	1,9	3,1

Diese Daten weisen auf eine Verschlechterung hin aber glücklicherweise hat auch die Kapitaleinfuhr zugenommen, allerdings unter der Voraussetzung dass die Angaben der Bank von Griechenland den Tatsachen entsprechen. Dank der Kapitaleinfuhr vermeidet Griechenland die ungünstigen Folgen der Devisenknappheit, nämlich die Notwendigkeit die Einfuhr zu kontingentieren, die Benutzung der ausländischen Dienstleistungen zu drosseln, endlich das Entwicklungstempo den vorhandenen und eingehenden Devisen anzupassen. In Anbetracht der Höhe den unsichtbaren Einnahmen der Zahlungsbilanz und ihrer Streuung ist die bilaterale Verrechnung sehr leicht mit den Ergebnis der Abnahme der durch die Banken eingehenden Auslandeinnahmen. Die Zahlungsbilanz ist auch in den siebziger der schwache Punkt der griechischen Volkswirtschaft geblieben.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Man kann aus den vorausgegangenen Betrachtungen den Schluss ziehen dass sich die griechische Volkswirtschaft in den siebziger Jahren trotz der allzu starken Inflationsrate und trotz der Ungewissheit über den Ausgang der Verhandlungen über die Aufnahme Griechenlands in die europäischen Gemeinschaften relativ befriedigend entwickelt hat. Nach der Unterzeichnung in Athen am 28. Mai 1979 des Vertrages über die Eingliederung Griechenlands in die europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1981 und nach der Ratifizierung durch die Parlamente ist der Beitrittsvertrag in Kraft getreten. Es ist sicher dass es für die griechische Volkswirtschaft Anpassungsschwierigkeiten geben wird aber es darf nicht übersehen werden dass der Vertrag selbst in Verbindung mit den Vertrag von Rom des 25. März 1957 viele Ausweichmöglichkeiten gewährt allerdings unter der Voraussetzung dass sie gut begründet sein werden. Die europäischen Gemeinschaften sind seit 1958 sehr oft ihren einzelnen Mitgliedern entgegenkommen um zur Lösung ihren besonderen Probleme beizutragen. Es ist höchstwahrscheinlich dass sie das auch im Fall von Griechenland machen werden. Letzterer ist nicht schwieriger als in den Fällen von Irland und von Süditalien.

Universität Thessaloniki